

Insel in der Postemergencyphase

Marily Stroux,
w2eu – Welcome to Europe!

Dies ist der Versuch Eindrücke und Erfahrungen von der Insel Lesbos sichtbar zu machen und zu teilen. Ich will Ohnmachtsgefühle in Worte fassen und beschreiben, wie viele Menschen statt Schutz zu finden, in Europa von Ungerechtigkeit und organisierter Planlosigkeit empfangen werden. Den Ungerechtigkeiten muss etwas entgegen geschleudert werden und das ist unsere Solidarität, Unterstützung und ein Willkommen an die Menschen.

Verteilt in dieser Ausgabe finden Sie Bilder, die 2018 auf Lesbos entstanden sind.

Im Januar schneit es auf Lesbos. Ich erhalte eine Nachricht von Freunden: Ein 24-jähriger Kameruner ist in Moria gestorben. Er war junger Radiojournalist und Vater. Natürlich sagt der Gerichtsmediziner, dass er gesundheitliche Probleme hatte und dass er nicht vor Kälte gestorben ist. Der Leiter von Moria argumentiert in einem Interview: „Wenn er vor Kälte gestorben ist, warum leben alle anderen noch?“

Alle anderen, das ist zum Beispiel Daria. Sie ist 24 und Musikerin aus Kamerun, seit sechs Monaten im Hotspot Moria, alleinstehende Mutter, die ihre drei kleinen Kinder zurücklassen musste. Shery, sie ist Studentin und aus dem Kongo, auch zu Hause Mutter, die weiter studieren wollte. Gisela, sie wurde gegen ihren Willen schwanger. Ihr Kind wurde im Hotspot Moria geboren. Farida war schwanger in der Türkei. Kurz bevor sie auf das Schlauchboot stiegen, hatte sie eine Fehlgeburt. Sie hatte Glück das einer der wenigen Krankenwagen auf der Insel sie abgeholt hat. Sie wurde im Krankenhaus behandelt und gleich am nächsten Tag nach Moria gebracht.

Diese Frauen halten zusammen, um den Gefahren und Ungerechtigkeiten etwas entgegenzusetzen. Sie waren befreundet mit dem jungen Mann aus Kamerun.

In Behördensprache befindet sich Lesbos in einer Postemergencyphase – wahrscheinlich, weil dort ständig die Post abgeht.

Faschisten auf Lesbos

Im April 2018 protestierten afghanische Familien mit kleinen Kindern friedlich in der Hauptstadt der griechischen Insel, Mytilini, auf dem Sappho-Platz. Sie forderten schnelle Registrierung und Weiterreise. Nach ein paar Tagen des fried-

Im Hotspot auf Lesbos

lichen Protestes wurden sie am 22. April angegriffen. Acht Stunden lang waren sie umzingelt und wurden mit Steinen und Schlagstöcken angegriffen. Mehrere Menschen, darunter Frauen und kleine Kinder, wurden mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei stellte sich stundenlang zwischen die Gruppen – in einer Entfernung, die das Weiterwerfen von Steinen möglich machte. Solidarische Menschen stellten sich dazwischen und wurden auch verletzt und festgenommen. Mit der Festnahme aller Flüchtlinge zu „ihrem Schutz“ und einer noch nie gesehenen Jagd auf Unterstützer*innen und Flüchtlinge im Zentrum der Stadt, endete dieses Pogrom vom Sappho-Platz. Faschisten auf Lesbos hat es in so einer Form noch nicht gegeben.

Der EU-Türkei-Deal hat seit März 2016 aus der Insel ein Gefängnis gemacht. Auch der Hotspot in Moria ist bewusst als Gefängnis geplant und gebaut, nur wegen den hohen Belegungszahlen müssen die Tore aufbleiben, um nicht ständig „riots“ zu erleben. Auf Lesbos befinden sich teilweise (11.11.18) über 8.500 Flüchtlinge. Sie sollen abgeschoben werden zurück in die Türkei.

Von den wöchentlich stattfindenden Abschiebungen per Fähre sind aber meistens weniger als zehn Menschen betroffen. Der Deal hält alle in den Hotspots fest. Ende Dezember 2018 sind zwar 5.000 Menschen aus Angst vor dem Kältetod aufs Festland gebracht worden, trotzdem ist der Hotspot überfüllt

Keine Seenotrettung

Nicht alle, die von den türkischen Küsten los wollen, kommen auch an. Momentan wird etwa die Hälfte von der türkischen Küstenwache zurückgeschickt oder gehindert, in die Boote einzusteigen. In

einer Woche im Dezember 2018 sind 13 Boote mit 509 Menschen angekommen und 15 Boote mit 594 Menschen wurden gestoppt. Viele sterben auf der Strecke.

Die Solidaritätsgruppen, die seit 2015 an den Stränden auf die Boote gewartet und sie empfangen hatten, mussten nach mehreren Kriminalisierungsversuchen ihre Arbeit umstellen. Nur im Norden gibt es noch die Rescue-Gruppe „Refugee

Rescue“. Sie bekommt aber keine Erlaubnis, um rauszufahren zum Retten. Täglich muss sie neue Trainingszeiten von je zwei Stunden beantragen, um überhaupt am Wasser zu sein. Sie und die zwei Spotting-Teams, „Lighthouse Relief“ im Norden und „Campfire“ im Süden, bleiben mit großer Kontinuität an den Stränden mit ihren Ferngläsern. Ein einziges größeres Boot, die „Mare Liberum“, ist seit drei Jahren vor Ort und unterstützt mit Moni-

toring die Menschenrechtsbeobachtungen an der europäischen Grenze.

Der Hotspot

Die Gestrandeten leben derweil unter unmenschlichen Bedingungen im sogenannten „Hotspot“ in Containern in Moria, in Zelten um die Container herum oder in und über den Olivenhainen. Die ganz neu Ankommenden leben im „Dschungel“ oberhalb der Haine. Er hat sich aus Platzmangel und als Erweiterung der offiziellen Anlagen entwickelt. Die Flüchtlinge nennen diesen Teil „Die Türkei“. Wer da ist, ist noch nicht angekommen. Paletten dienen dort als Fußboden, damit der Regen nicht in das Zelt reinkommt. Sie werden untereinander gehandelt und verkauft. Inoffizielle Stromleitungen werden gegen Geld gelegt. Offiziell gibt es nicht einmal Matratzen oder Decken für alle Neuankommenden.

Die Lebensbedingungen können hier wie dort keinen gesundheitlichen oder hygienischen Standards genügen. Obwohl internationale Medien und NGOs ständig darauf aufmerksam machen, ändert sich nichts. Alle paar Monate beschließt die EU wieder Gelder an Griechenland zu geben, um die Lebensverhältnisse zu verbessern. Eine Verbesserung ist aber nicht sichtbar.

Im Hotspot in Moria gibt es nicht nur keine Apotheke. Mit einem offiziellen Arzt für die 8.500 Menschen wird versucht, die medizinische Versorgung zu gewährleisten. „Ärzte ohne Grenzen“ und „Ärzte der Welt“ haben sich aus dem Hotspot rausgezogen, weil sie die Situation nicht mehr mittragen wollten. Zwei ausländische NGOs (Kitrinos und Boat Refugee Foundation) versuchen mit Ehrenamtlichen die medizinische Versorgung notdürftig aufrecht zu erhalten, was beim besten Willen unmöglich ist.

Seit die Regierung beschlossen hat selbst den Hotspot zu verwalten in der Hoffnung so EU- und Spendengelder, die an NGOs gehen, selbst zu nutzen, mussten sich viele NGOs zurückziehen.

Keine Ruhe nur Trauma

Der Hotspot bietet keine Ruhe, sondern verstärkt Traumata: Pit ist Tutsi aus Burundi, er war drei Jahre lang im Knast und wurde gefoltert. Er hat den Kontakt zu seiner Frau und seinen Kindern während dieser Zeit verloren. Auf der Flucht



und der Suche nach seiner Familie kam er nach Lesbos. Er musste monatelang in einem Zelt mit 150 anderen Männern leben, ein großer Teil von ihnen stand politisch auf der Seite seiner Folterer.

438 unbegleitete Minderjährige befinden sich momentan im Hotspot. Darunter viele unter zwölf Jahren. Sie werden betreut im „safe space“ innerhalb des Gefängnisses, den sie auch nicht verlassen können. Für sie sind Computerkurse und Ausflüge, die von Lokals organisiert werden, der einzige Lichtblick außerhalb des NATO-Drahts.

Alleinstehende Frauen müssen monatelang in Containern und Zelten leben, bis sie endlich ihr Interview und damit Aussicht auf Transfer aufs Festland haben. Menschen, die Ende 2018 ankamen, bekamen Interviewtermine für Ende 2019 oder sogar für 2020. Das liegt an der europäischen EASO-Behörde, die mit viel zu wenigen und meistens schlecht ausgebildeten Angestellten und Übersetzer*innen die Interviews durchführt.

Warten als Beschäftigung

Warten wird zur Hauptbeschäftigung und das monatelang: Warteschlangen morgens um sechs, um eine Literflasche Wasser zu bekommen; zwei bis drei Stunden mittags, um Essen zu bekommen, dasselbe abends. Warten in Schlangen bestimmt den Alltag und hält die Menschen beschäftigt.



Zum Glück sind viele Menschen auf der Insel, die erfolgreich versuchen diese Alltagsstruktur zu durchbrechen und ein Leben außerhalb der Warteschlangen herzustellen. Über 80 NGOs und Gruppen gibt es, die Aktivitäten anbieten: Tageszentren für Mütter mit Kindern, Schulen in Zelten für Frauen oder für Minderjährige. Sie bieten Duschen für Frauen, tägliche Essen in einem selbstverwalteten Restaurant, Gitarren-, Tanz-, Sprach-, Musik- und Schwimmkurse an.

Diese Angebote sind hilfreich, doch nur das Schließen des Hotspots, konsequentes und schnelles Registrieren sowie Überführungen ans Festland unter besseren Lebensbedingungen würden die Situation ändern.

Das wäre allerdings gegen die europäische Politik, die auf Kosten der Flüchtlinge durchgeführt wird. Europa will Menschen abschrecken, Menschen wie Fatima. Sie ist 94 und kommt aus Afghanistan. Fatima kam auf die Insel mit ihrem Sohn. Jetzt leben sie in Mytilini, ohne große Aussicht jemals zu ihrer restlichen Familie nach Deutschland zu kommen. Ihre Kinder sind über 18 Jahre und sie gilt als geschützt in Griechenland: keine Chance auf Familienzusammenführung. Sie und die anderen sind offensichtlich nicht willkommen und sollen das auch weitervermitteln an die, die hoffen könnten auch bald anzukommen.



UNHCR nutzt in seiner Winterspendenwerbung in Deutschland Fotos von Flüchtlingen im „Dschungel“ vor ihrem Logo.